

Protokoll des Liga FA Armutsbekämpfung und Existenzsicherung

Termin: Donnerstag, 22.06.2022 Uhr, 14:30 – 16:30 Caritasverband

Teilnehmende:

Kai-Gerrit Venske (CV, Moderation), David Klässig (AWO), Claudia Niemeyer (DWBO), Corinna Boldt (V-ABI), Anh-Van Tran und Dr. Susanne Fairlie-Schade (LAG SIB), Irina Meyer (DPWV)

Entschuldigt: Marco Rauter (LAG SIB), Sigrid Rosenbusch (CV), Heike Golletz (DRK)

Protokoll: Irina Meyer - DPWV

1 Begrüßung und Abstimmung der TO

Keine Ergänzungen zur TO

2 Protokollkontrolle und Klärung des Protokolls

Das Protokoll vom 04.05.2023 wird angenommen

3 Austausch mit den Sozialpolitischen Sprechern der Koalition

Gäste:

Lars Düsterhöft – SPD-Fraktion, Sprecher für Soziales

Björn Wohler – CDU-Fraktion, Sprecher für Soziales und Inklusion

Bianca Battaglia – wissenschaftliche Mitarbeiterin von Björn Wohler

- Lars Düsterhöft:
 - schätzt den aktuellen Koalitionsvertrag als Fortsetzung des vorherigen ein; erläutert, dass viele weitere sozialpolitische Themen, bei denen in der verhandelnden Arbeitsgruppe Einigkeit bestand, vor allem aus redaktionellen Gründen nicht enthalten sind
 - weist darauf hin, dass die Anmeldungen aller Senatsverwaltungen ca. 6 Milliarden über dem aktuellen HH liegen
 - geht davon aus, dass die Finanzierung aller Vorhaben sehr schwierig wird, befürchtet Kürzungen
- Lars Düsterhöft und Björn Wohler:
 - warten Haushaltsentwurf des Senates ab; sichern beide zu, sich für unsere Anliegen einzusetzen und ggf. im Rahmen von Änderungsanträgen zu bewirken, dass Prioritäten noch einmal verschoben werden
- Björn Wohler
 - merkt an, dass er auch Mitglied im Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses ist
- Lars Düsterhöft:
 - Bitte um Input des LIGA FA Existenzsicherung und Armutsbekämpfung, wo die größten Bedarfe liegen?
- Anh-Van Tran: angesichts hoher Zahlen verschuldeter Menschen mit großem Beratungsbedarf besteht die Notwendigkeit der Finanzierung der anerkannten Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen (SIB); Forderung: bestehende Beratungsstruktur stärken und ausbauen
- Lars Düsterhöft:

- ist sich darüber im Klaren, dass die bestehende Struktur erhalten bleiben muss zzgl. 10 Prozent Tarifsteigerungen; bzgl. des DH 2024/2025 finden aktuell die sog. „Chefgespräche“ statt; er glaubt nicht, dass Senatorin Kiziltepe und Sts. Bozkurt diesen Posten streichen; hat aber keine aktuellen Informationen über den Stand der Dinge
 - 2. Lesungen finden erst im Oktober statt, aktuelle Steuerschätzung im November muss ebenfalls abgewartet werden, dann möglicherweise noch einmal Kürzungen oder Aufstockungen
- Dr. Susanne Fairlie-Schade verweist auf Härtefallfonds: aktuell relativ niedrige Antragszahlen; es muss bereits eine Stromsperre vorliegen, bevor Antragstellung überhaupt möglich ist; Befürchtung, dass dieser daher nicht fortgeführt wird?
- Lars Düsterhöft:
 - Härtefallfonds soll erhalten bleiben, steht auch so im Koa-Vertrag
- Björn Wohler:
 - bestehendes System sowohl SIB als auch AUSB muss erhalten bleiben; selbst wenn es namentlich nicht im Koa-Vertrag steht (explizit auch SIB, da AUSB Verweisberatung an SIB macht)
 - Härtefallfonds: selbst wenn dieser aktuell relativ wenig genutzt wird, besteht Einigkeit darüber, dass er benötigt wird
- Kai Venske: geringe Inanspruchnahme von Sozialleistungen durch leistungsberechtigte Personen; Verweis auf Studie DPWV: bundesweit nehmen z.B. 40 – 60 Prozent Bürgergeld nicht in Anspruch; schlechtes Funktionieren der Verwaltungen (Bürgerämter, Wohngeldämter, unterschiedliche Praxis in den einzelnen Bezirken; schlechte Erreichbarkeit Sozialämter)
- Verwaltungen müssen besser funktionieren, da sich damit auch der Zugang zu existenzsichernden Sozialleistungen verbessert!
- Sozialticket Berlin: Beantragung ist mit Schwierigkeiten für die Betroffenen verbunden; große Unsicherheiten aufgrund nicht ausgestellter Berechtigungsnachweise; Hinweis auch auf fehlende Kenntnisse der deutschen Sprache vieler anspruchsberechtigter Menschen: Notwendigkeit von Übersetzungsprogrammen
- Alleinstellungsmerkmal der AUSB; auch als Anlaufstelle für einsame und psychisch besonders belastete Menschen
- Manche AUSB und auch SIB und auch die Sozialberatungsangebote für neuzugewanderte EU Bürger:innen bieten bereits zusätzlich Online-Beratungen an. Refinanzierung erforderlicher Investitionen und leistungsrechtliche Anerkennung digitaler Beratungsleistungen erforderlich. Persönliche Beratung ist wichtig und kann ggf. durch digitale Instrumente sinnvoll ergänzt werden, nicht aber ersetzt werden.
- Björn Wohler:
 - zum Thema Sozialämter/Bürgerämter: er kennt selbst aus der Praxis viele erschreckende Berichte bzgl. des Zugangs zu Leistungen der Grundsicherung; befürwortet Verwaltungsmodernisierung ausdrücklich
- Lars Düsterhöft:
 - AUSB hat die Aufgabe, dass mehr Menschen den Weg in das Regelsystem finden
 - Während der Koa-Verhandlungen standen 1,2 Mio Euro zusätzlich „auf der Tapete“; Ziel: Mittel für AUSB sollten verdoppelt werden; 24 Standorte, 2 personell gut ausgestattete Beratungsstellen pro Bezirk
 - BuT-Beratungsstelle ist aktuell gestrichen, sie geben sich aber Mühe, dass das rückgängig gemacht wird, schließlich handelt es sich um Bundesmittel

- Thema Wohngeld: Problem ist vor allem die Umstellung, es bleibt zu hoffen, dass es sich wieder normalisiert
- Sozialticket: er hofft auf neuen Vorschlag der Senatsverwaltung
- Situation in den Bürgerämtern: Schwierigkeiten bei der Personalgewinnung; Öffentlicher Dienst in Berlin hat 7.000 ausfinanzierte, aber offene Stellen
- Irina Meyer: von jährlich etwa 3.000 Menschen in Berlin werden mehr als ein Drittel ohne vorhandenen Wohnraum aus der Haft entlassen
- Appell, die neu geschaffenen Angebote der Übergangsbegleitung (Vorbereitung und Nachsorge der Haftentlassung) insbesondere für erwachsene Männer zu erhalten
- Notwendigkeit der ressortübergreifenden Zusammenarbeit Soziales – Justiz
- Folgekosten vermeiden im sozialen Bereich zur Prävention von Armut und Wohnungslosigkeit, aber auch Vermeidung hoher Kosten durch erneute Inhaftierung
- Corinna Boldt: seit Januar haben auch haftentlassene Menschen Anspruch auf Jobcoaching, diese Regelung muss unbedingt erhalten bleiben
- Lars Düsterhöft musste die Sitzung etwas früher verlassen
- Björn Wohlerst bestätigt, dass er für die Notwendigkeit aller Anliegen Verständnis entwickelt hat und signalisiert, dass er sich auch im Hauptausschuss dafür einsetzen wird

4 Austausch zu aktuellen Entwicklungen/Durchlauf durch die Themengebiete des LIGA-FA

4.1 Armut/Energiearmut

Keine Themen beraten

4.2 ASB/AUSB - Ausblick zum nächsten Vernetzungstreffen am 12.7.2023

- Anmeldestand aktuell 16 Personen
- Ziele: Vernetzung der ASB/AUSB-Stellen, Aufbau eines gemeinsamen Verständnisses
- LIGA FA Existenzsicherung und Armutsbekämpfung ist „Geburtshelfer“ und moderiert den Start der Vernetzung zwischen den Beratungsstellen
- Perspektivisch sollen die Treffen durch die Beratungsstellen selbstorganisiert stattfinden, d.h. die Folgetreffen werden in Eigenregie organisiert; LIGA Fachausschuss unterstützt punktuell
- Anregung Corinna Boldt: Austausch mit bzw. Einbeziehung der Sozialberatungsstellen für neu zugewanderte EU-Bürger*innen; Hinweis wird an die Beratungsstellen weitergegeben

4.3 Schuldner- und Insolvenzberatung

Keine Themen beraten

4.4 Teilhabe und Arbeitsmarktthemen

- Verweis auf E-Mail Markus Pleyer „Fachliche Weisungen zum neuen Instrument § 16k SGB II“
- Claudia Niemeyer berichtet aus der AG Arbeitsmarktpolitik: konstruktives Gespräch mit den Sprecher*innen der LAG der Berliner Jobcenter hat stattgefunden; Themen u.a. Bürgergeldreform; § 16k Coaching; Weiterführung § 16 i; Folgetreffen mit den Geschäftsführenden der Jobcenter wurde vereinbart; Gespräch mit arbeitsmarktpolitischen Sprecher*innen ist aktuell in Vorbereitung

4.5 Digitalisierung (als Teilhabethema)

Keine Themen beraten

4.6 Mietenpolitik

Keine Themen beraten

